



Wo sind die Anwälte der Schwachen? «Kinderreigen» von Hans Thoma, 1884.

Hand in Hand tanzen sie mit der Macht

Sie nennen sich «Nichtregierungsorganisationen». Doch das ist ein Etikettenschwindel. Vielmehr bereiten NGOs den tonangebenden Eliten den Boden für deren Politik.

Philipp Gut

Sie tragen den Namen wie ein Schild vor sich her: Sogenannte Nichtregierungsorganisationen sind stolz darauf, nicht Regierung, nicht Staat zu sein. «Nichtregierungsorganisationen sind unabhängige Organisationen, die nicht im Auftrag von Regierungen oder Staaten handeln. Sie engagieren sich vor allem für soziale Themen, für Menschenrechte, humanitäre Hilfe und die Umwelt», schreibt Plan International, eines der grössten Kinderhilfswerke der Welt. Verbunden damit ist der Begriff der «Zivilgesellschaft». Wikipedia weiss: «Zivilgesellschaft bezeichnet umgangssprachlich einen Teilbereich der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in dem in Abgrenzung von Staat und Privatwirtschaft soziale Aktivitäten und Zusammenschlüsse weder der Erringung

und Ausübung politischer Macht einerseits noch der Erwirtschaftung von materiellen Gütern und Profit andererseits dienen.» In einem engeren Sinn bezeichne Zivilgesellschaft also «die Advocacy von Nichtregierungsorganisationen». Das neudeutsche «Advocacy» wiederum meine die «öffentliche Einflussnahme auf die Politikgestaltung stellvertretend für ein kollektives Interesse».

Das klingt gut, klingt edel. Doch stimmt es auch? Die These dieses Artikels, die anhand konkreter Beispiele zu belegen sein wird, fordert diese idealistischen Darstellungen heraus. Nichtregierungsorganisationen sind oft hauteng mit Regierungen verbandelt und agieren als deren verlängerter Arm. Sie sind nicht nur von staatlichen Geldern abhängig, Regierungs-

und Nichtregierungsorganisationen verbünden sich auch trickreich und schlau, um gemeinsam strategische Ziele durchzusetzen. So bereiten die angeblich weder an Macht noch Geld, noch Partikularinteressen interessierten NGOs den Boden für eine von den tonangebenden Eliten gewünschte Politik. Der Münchner Medien- und Kommunikationswissenschaftler Prof. Michael Meyen sagt, dass NGOs «Regierungsnarrative mit Flak unterstützen».

Wer hat's erfunden? Wer bezahlt's?

Dabei lassen sich analytisch verschiedene Dimensionen auseinanderhalten: organisatorische, finanzielle, inhaltlich-thematische und historisch-genetische – denn es fängt schon mit der Geschichte an. Erfunden haben den Begriff

«Nichtregierungsorganisationen» (englisch: non-governmental organizations) die Vereinten Nationen, deren Einfluss auf die Szene bis heute nicht zu unterschätzen ist (die Agenda 2030 lässt grüssen).

Nehmen wir ein erstes Beispiel aus der Schweiz, und wählen wir dazu den Bereich der Menschenrechte, ein bevorzugtes Betätigungsfeld solcher Organisationen. Der Verein Humanrights.ch setzt sich für ein für eine «bes-

Die Klimaseniorinnen wurden von Greenpeace gecastet und von staatlich besoldeten Wissenschaftlern beraten.

sere Verankerung der Menschenrechte» und koordiniert die NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz, ein «strukturiertes Netzwerk» von Gleichgesinnten. Ein zentrales Anliegen von Humanrights.ch und ihren Verbündeten in den letzten Jahren und Jahrzehnten war die Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution. Dieses Ziel wurde 2023 erreicht mit der Gründung der Schweizerischen Menschenrechtsinstitution (SMRI).

Doch wer hat's erfunden? Die Uno. Und wer bezahlt's? Die Schweizer Steuerzahler. Trotzdem – oder gerade deswegen – betont die SMRI in ihrer Selbstbeschreibung mehrfach, wie «unabhängig» sie sei, «politisch, institutionell und ideologisch». Tatsache ist: Diese Schweizerische Menschenrechtsinstitution – man hört's schon am sperrigen Namen – ist auf der Grundlage der Pariser Prinzipien der Uno errichtet worden. Humanrights.ch macht kein Hehl aus dieser Befehlskette: «Nachdem die Uno-Generalversammlung im Jahr 1993 allen Staaten nahelegte, eine Nationale Menschenrechtsinstitution zu etablieren, setzt sich die Schweizer Zivilgesellschaft seit 2001 aktiv für die Schaffung einer solchen Institution in der Schweiz ein.»

Dabei fordern die Vereinten Nationen unter anderem eine «gesetzliche Verankerung», ein «umfassendes Mandat» und eine «ausreichende öffentliche Finanzierung». Im Klartext: Die Mitgliedstaaten haben eigens ein Gesetz zu erlassen und die natürlich vollkommen unabhängige Institution mit Steuergeldern auszustatten. Die Schweiz ist dem brav nachgekommen und hat das Bundesgesetz über die Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte im Herbst 2022 entsprechend revidiert.

Auch das Aufgabenheft der SMRI offenbart einen intimen Pas-de-deux mit staatlichen Stellen. So übernimmt sie «für die Menschenrechtsmechanismen der Uno oder des Europarats wichtige Funktionen». Sie kann «bei Staatenberichtsverfahren zu einzelnen Menschenrechtspakten mitarbeiten, die Umsetzung der Empfehlungen durch den Staat befördern oder die Ratifizierung neuer Menschenrechts-

abkommen vorantreiben». Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen arbeiten hier also Hand in Hand. Oder wie es die NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz formuliert: Man «begleitet» die Arbeit der vom Staat eingesetzten Institution und setzt sich «in Zusammenarbeit mit den Behörden» für die gemeinsamen Anliegen und Ziele ein.

Ein klassisches Feld für NGOs ist auch die Entwicklungshilfe. Hilfswerke gelten darum als Inbegriff von Nichtregierungsorganisationen. Allerdings dienen auch sie dem Staat zu – und sie verdienen kräftig an ihm. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), der Dachverband der Hilfswerke und Organisationen in den Bereichen Flucht, Asyl und Integration, bekannt für ihre grosszügige Flüchtlingspolitik nach linkem Gusto («offene und sichere Fluchtwege»), hatte bis Oktober 2020 viele Jahre lang ein lukratives Mandat des Staatssekretariats für Migration inne. Sie führte im Staatsauftrag Flüchtlingsbefragungen durch und koordinierte weitere Befragungen durch andere NGOs. Pro Jahr flossen rund eineinhalb Millionen Franken an die SFH und ihre Partner – einmal abgesehen von den politischen Folgen, wenn man solche Befragungen in die Hände von Flüchtlingshelfern legt, die in jedem Wirtschaftsflüchtling einen Verfolgten sehen.

Steuermillionen für SP-Hilfswerk

Oder nehmen wir Solidar-Suisse, ein Kind der Sozialdemokratischen Partei und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, deren Präsident SP-Ständerat Carlo Sommaruga ist und in deren Vorstand auch die SP-Nationalrätin und ehemalige Juso-Präsidentin Tamara Funicello sitzt. Trotz dieser Big Player im Rücken – wer hat hierzulande mehr Macht und Kapital als die Gewerkschaften? – darf Solidar-Suisse auf Millionen von der öffentlichen Hand und auf eine lange Liste staatlicher Unterstützer zählen. Bei einem Jahresumsatz von rund 30 Millionen Franken kamen 2023 nur rund 25 Prozent von Privaten. Dafür spenden dreissig öffentliche Hände an Solidar-Suisse, von der Gemeinde La Tour-de-Peilz über die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), die Europäische Union, die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Genf, Graubünden, Schaffhausen, Thurgau, Waadt und Zürich bis zur Unicef und der Stadt Montreux.

Allein die Deza überwies im letzten Jahr über 6,5 Millionen Franken an Solidar-Suisse. Kantone und Gemeinden liessen 834 700 Franken springen, die Fédération vaudoise de coopération, welcher der Kanton Waadt und waadtländische Gemeinden angehören, nochmals 177 850 Franken und die Fédération genevoise de coopération 293 617 Franken.

Wie viel Staats- und Steuermillionen insgesamt an Nichtregierungsorganisationen fliesen, ist nicht bekannt, auch nicht beim Bund. Das Eidgenössische Finanzdepartement teilt auf An-

frage der *Weltwoche* mit: «Wir verfügen bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung über keine Liste aller Beiträge an NGOs und private Vereine. In der Staatsrechnung führen wir nur die einzelnen Kredite aller Verwaltungseinheiten auf. Diese sind aber in der Regel aggregiert und nicht nach einzelnen Projekten/Organisationen aufgeschlüsselt.»

Im Gleichschritt mit Klimaextremisten

Ein drittes Feld, auf dem sich die Zusammenarbeit und die gemeinsame Agenda von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen studieren lässt, ist die Umwelt- und besonders die Klimapolitik. Greenpeace castete und montierte in der Schweiz die berühmt-berüchtigten Klimaseniorinnen, die wiederum von staatlich besoldeten Wissenschaftlern beraten wurden.

International wären etwa auch die sogenannten C-40-Städte zu nennen, die für autofreie Metropolen weibeln. Dabei verbünden sich Stadt- und Staatsregierungen ohne Skrupel auch mit Klimaextremisten, die den Umsturz planen. Die C-40-Städte sind nach eigener Darstellung ein «globales Netzwerk von fast 100 Bürgermeistern der führenden Städte der Welt, die gemeinsam gegen die Klimakrise vorgehen». Finanziert wird das Projekt von internationalen Stiftungen wie Bloomberg Philanthropies, Children's Investment Fund Foundation, den Open Society Foundations von George Soros sowie von Staaten wie Deutschland, Grossbritannien und Dänemark.

Dabei bleibt offen, wie es mit der demokratischen Legitimation der Stadtoberen steht, die sich erklärermassen «verpflichten», Holzhammer-Methoden wie Autoverbote anzuwenden. Liest man die Verlautbarungen von C40, so muss man konstatieren: Sie haben Gedankengut und Diktion der links-grün angehauchten NGO-Welt bis zur Verwechslung verinnerlicht. «Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine Klimagerechtigkeit», heisst es, und wolkig-utopisch ist die Rede von «blü-

Allein die Deza überwies im letzten Jahr über 6,5 Millionen Franken an Solidar-Suisse.

henden Gesellschaften mit Chancen für diejenigen, die zuvor zurückgelassen wurden». Ausdrücklich solidarisieren sich die C-40-Städte mit der Klimastreikbewegung und ihrem antikapitalistischen Schlachtruf «System Change, Not Climate Change». Sie machen sich stark für einen «Global Green New Deal», der die Gelegenheit biete, «die Klima- und Ungerechtigkeitskrise anzugehen und sicherzustellen, dass es allen überall gut gehen kann».

Ähnliche Bestrebungen sind auch in Österreich und der Schweiz zu beobachten. Städte wie Wien oder Graz wollen das Auto aus eigenem

Anne Applebaum ist die Friedenspreisträgerin und Gesinnungskriegerin, auf die sich NGOs wie Global Disinformation Index beziehen

Wozu sind Intellektuelle da? Ihre geistige Beweglichkeit erlaubt vieles: Sie können der Macht und den Mächtigen widersprechen, ihnen den Spiegel vorhalten, oder sie können ihnen die Stichworte liefern und sie in ihrem Kurs bestätigen: Stachel im Fleisch oder anstacheln. Als der Schriftsteller Martin Walser 1998 in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennahm, entschied er sich für die erste Variante: Er stieß die versammelte Corona aus Politik, Wirtschaft und Kultur vor den Kopf, indem er ihre ritualisierte Vergangenheitsbewältigung entlarvte. Die jüngste Preisträgerin, die amerikanisch-polnische Historikerin und Journalistin Anne Applebaum, griff am Sonntag am selben geschichtsträchtigen Ort zu Option zwei: Ihre Rede liest sich wie Bestätigungsprosa der Ampelregierung in der Ukraine-Frage. Wenn Applebaum so etwas wie das *role model* des Mainstreams darstellt, dann ist ihre Frankfurter Dankesrede das diese Rolle bestätigende und festigende Meisterstück.

Um fair zu bleiben: Applebaum ist mir als Historikerin in Erinnerung, die erschütternde Bücher über den sowjetischen Gulag und Stalins Holodomor (Mord durch Hunger) zu Beginn der 1930er Jahre in der Ukraine geschrieben hat. Sie versteht also etwas von ihrem Fach, sie kennt den Schauplatz, auf dem erneut ein blutiger Krieg tobt. «Bloodlands» nennt ihr Historikerkollege Timothy Snyder die leidgeprüfte Gegend.

Bodentruppen bis Wladiwostok?

Doch Applebaum hat längst jede wissenschaftliche Zurückhaltung abgelegt, sowohl was die Ukraine als auch was den amerikanischen Wahlkampf anbelangt. Putin, Stalin, Trump, Hitler, Mussolini nennt sie in einem Atemzug. Vergleiche können ein geschichtswissenschaftliches Erkenntnismittel sein, klar, aber Gleichsetzungen sind schwierig. Applebaum – ist es eine Form von *déformation professionnelle*? – sieht die totalitäre Epoche des 20. Jahrhunderts wieder auftauchen. «Keine Historikerin einer Tragödie möchte den Fernseher einschalten und sehen, dass ihre Arbeit zum Leben erweckt wurde», sagte sie

in Frankfurt. Sie habe nicht geahnt, «dass sich diese Geschichte zu meinen Lebzeiten wiederholen könnte oder würde».

Dabei bedient sie sich wahlweise beider Jahrhundertdiktatoren, einmal Stalins, einmal Hitlers, um ihrem Abscheu gegen die Russen freien Lauf zu lassen («genau, wie es die Nationalsozialisten in Polen getan hatten»). Auch Mus-



Totschlagargumente: Historikerin Applebaum.

solini kommt zu Ehren, wenn sie den «Aufbau eines totalitären Regimes» in Russland heraufbeschwört («Alles im Staate, nichts ausserhalb des Staates, nichts gegen den Staat»).

Und so geht es weiter: Seit der Besetzung der Krim 2014 sei Russland von «derselben Militarisierung und Kriegsbegeisterung erfasst» worden wie Deutschland in den 1930er Jahren. Man fragt sich: War Applebaum seither in Russland? Hat Putin je wie ein Goebbels den «totalen Krieg» gefordert, und hat ihm die Menge tosend, taumelnd zugejubelt wie damals jene im Berliner Sportpalast? Mein Eindruck auf Russlandreisen war ein anderer: Die Menschen, die Bürger wollten diesen Krieg nicht, und sie wollen ihn auch heute nicht; von

einer «Kriegsbegeisterung» wie in Deutschland vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg kann keine Rede sein – es sei denn, in einer Frankfurter Friedenspreisrede.

Für Applebaum stehen wir heute «vor der grössten Herausforderung für unsere Werte und Interessen zu unseren Lebzeiten». Viele wünschten sich, der Krieg möge «auf magische

Weise enden». Aber müssen es gleich Zauberkünste sein? Es würde schon helfen, ernsthafte Verhandlungen in Betracht zu ziehen und nicht einseitige Shows in Gelb-Blau à la Bürgerstock zu veranstalten. Die Forderung nach Frieden ist für die Friedenspreisträgerin Applebaum «nicht immer ein moralisches Argument». Natürlich, sie kann auch den Status quo zementieren, dem Stärkeren, dem Aggressor dienen. Doch mit diesem Totschlagargument lässt sich jede Friedensinitiative im Keim ersticken.

Applebaum tut genau das, und sie weiss, dass sie damit ihr deutsches Publikum am historischen Schmerzpunkt abholt. Die Lektion der deutschen Geschichte könne nicht sein, «dass die Deutschen Pazifisten sein müssen. Im Gegenteil: Seit fast einem Jahrhundert wissen wir, dass der Ruf nach Pazifismus angesichts einer aggressiven Diktatur oft nichts anderes ist als Appeasement und Hinnahme dieser Diktatur.» Applebaum wird noch deutlicher: Wer Pazifismus fordere «und nicht nur Gebiete an Russland abtreten will, sondern auch Menschen, Prinzipien und Ideale, der hat rein gar nichts aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts gelernt». Sie wagt gar die Aussage: «Hätten Deutschland und

die übrigen Nato-Staaten die Ukraine im Vorfeld mit Waffen unterstützt, dann hätten sie eine Invasion vielleicht verhindern können.»

Auf die Kritik folgt der Schmus: «Schon früher bedrohten aggressive Diktaturen die freiheitlichen Gesellschaften Europas. Schon früher haben wir gegen sie gekämpft. Und diesmal ist Deutschland eine der freiheitlichen Gesellschaften und kann den Kampf mit anführen.» Man kann sich lebhaft vorstellen, wie die Paulskirchen-Gemeinde bei diesem Satz in kollektives Kopfnicken verfiel. «Der Rest der demokratischen Welt braucht Sie», appellierte Applebaum an die Anwesenden.

Es war eine Captatio Benevolentiae, ein Haschen nach dem Wohlwollen des Publi-

kums, mit dem die schlaue Rednerin zur finalen Botschaft ansetzte: «Um zu verhindern, dass Russland sein autokratisches politisches System verbreitet, müssen wir der Ukraine zum Sieg verhelfen, und zwar nicht nur für die Ukraine. Wenn wir die Möglichkeit haben, mit einem militärischen Sieg diesen schrecklichen Gewaltkult in Russland zu beenden, so, wie ein militärischer Sieg den Gewaltkult in Deutschland beendet hat, dann sollten wir sie nutzen.»

Der Historikerin Applebaum muss man nicht beibringen, wie der von Hitler entfachte Zweite Weltkrieg endete, auf den sie hier anspielt: mit der Vernichtung des Dritten Reichs, mit dessen totaler Kapitulation in Schutt und Asche. Wie stellt sich die Friedenspreisträgerin dies vor? Mit Atombomben auf Moskau und St. Petersburg? Mit Rheinmetall-Panzern auf dem Roten Platz? Mit Bodentruppen bis Wladiwostok?

Hitler, Stalin, Mussolini

Eine ähnliche Rhetorik verwendet die Harris-Supporterin auch im amerikanischen Wahlkampf: Trump spreche «wie Hitler, Stalin und Mussolini», schrieb Applebaum im *Atlantic*. Einer reicht wohl nicht mehr. Und als der republikanische Senator Tom Cotton bereits im Februar 2020 die Vermutung äusserte, dass das Coronavirus einem Labor in Wuhan entsprungen sein könnte, twitterte sie: «Wow. Gerade wie die Sowjetpropagandisten, die die Welt zu überzeugen versuchten, dass die CIA Aids erfunden hat.»

Könnte es sein, dass hier eine verdiente Forscherin mit ihren rhetorischen Keulen aus dem Giftschränk der Geschichte eigenhändig ihren Ruf als unabhängige Instanz beschädigt? Es passt jedenfalls ins Bild, dass Applebaum vom Global Disinformation Index (GDI) (s. Artikel nebenan), der von der US- wie von der deutschen Bundesregierung Kampagnenaufträge gegen unliebsame politische Gegner und regierungskritische Medien entgegennahm, als «Beraterin» aufgeführt wurde. Als das Magazin *Reason* sie darauf ansprach, liess sie ihren Namen von der Website löschen und beteuerte, seit der Finanzierungsphase nicht mehr in Kontakt mit dem GDI gestanden zu sein.

Einig dürfte sie hingegen in der Beurteilung der Weltlage mit ihrem Ehemann gehen, dem polnischen Aussenminister Radoslaw Sikorski, der am 27. September 2022, einen Tag nach dem Anschlag auf die Gaspipeline Nord Stream, zu einem Bild der Explosionsspuren an der Ostsee-Oberfläche twitterte: «Thank you, USA.»

Philipp Gut

Antrieb aus den Zentren verbannen. Die Grazer Bürgermeisterin liess sich mit dem Satz zitieren, sie finde, dass «niemand mit dem Auto privat in die Innenstadt fahren muss». In der Schweiz prescht Lausanne vor. Es will bis 2030 eine «klimaneutrale Mobilität» und ein Verbot von Verbrennermotoren. Die NGO WWF setzte Lausanne darauf anerkennend auf Platz eins der klimafreundlichsten Schweizer Städte. Die Umweltorganisationen haben längst erkannt, dass sie in den links-grünen Städten potente Verbündete haben.

Achtung, Index!

Ein neueres Phänomen, das rasant an Bedeutung gewinnt, ist das Teamwork staatlicher und nicht-staatlicher Akteure im Ringen um Deutungshoheit in neuen und alten Medien im Zeichen des weltweit tobenden Informationskriegs. Ein eindrückliches Exempel dafür aus Deutschland liefert das Recherchenetzwerk Correctiv, das mit einer fehlerhaften, inzwischen mehrfach kor-

Die Ampelregierung alimentiert, instruiert vielleicht gar eine ihr hörige Speerspitze der «Zivilgesellschaft».

rigierten und auch gerichtlich belangten Geschichte über angeblich beabsichtigte Massenvertreibungen auch deutscher Staatsbürger anlässlich eines «Geheimtreffens» bürgerlicher und rechter Politiker und Publizisten in Potsdam für Schlagzeilen sorgte. 2023 erhielt Correctiv über 568 000 Euro von der öffentlichen Hand. Bereits in früheren Jahren wurde es von der Bundeszentrale für politische Bildung, von der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen oder von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt.

Der Fall ist vor allem auch deshalb aufschlussreich, weil es mehrere Zusammenkünfte von deutschen Regierungsvertretern mit der «gemeinnützigen» Gesellschaft gab. Besonders fällt ein Meeting von SPD-Kanzler Olaf Scholz mit der Correctiv-Chefin auf, das im heissen Zeitraum zwischen dem Entschluss, das Potsdamer Treffen auszuspionieren, und der Veröffentlichung des Berichts stattfand. Was dort besprochen wurde, ist unbekannt. Bekannt ist indes, dass Kanzler und Bundesregierung gestützt auf die Correctiv-Berichterstattung im weichenstellenden Ostwahljahr einen Aufstand «gegen rechts» und insbesondere gegen die Alternative für Deutschland anstachelten. Man muss es sich vor Augen halten: Die amtierende Ampelregierung alimentiert, instruiert vielleicht gar eine ihr genehme, ihr hörige mediale Speerspitze der «Zivilgesellschaft» und geht gemeinsam mit dieser gegen die sie herausfordernde Opposition vor. Mangelnde Chuzpe kann man ihr nicht vorwerfen.

Ähnlich operiert die Non-Profit-Organisation Global Disinformation Index (GDI), die

sich zum Ziel gesetzt hat, tatsächlicher oder angeblicher Desinformation im Internet das Handwerk zu legen, indem sie unerwünschte Websites auf eine schwarze Liste setzt mit der Absicht, dass ihnen Werbevermarkter Aufträge entziehen, sodass die Betreiber schliesslich finanziell ausbluten. Dabei nimmt GDI auch Gelder von Regierungen an, unter anderem vom deutschen Auswärtigen Amt und von der Europäischen Union, die den selbsternannten Netz-Polizisten gerne auch gezielte Aufträge erteilen («Gelegentlich haben wir auch Mittel von Regierungen für spezielle, international ausgerichtete Forschungsprojekte erhalten»).

Dass häufig politische Präferenzen über die Freigabe zum Abschluss entscheiden und nicht unbedingt objektive Kriterien, zeigt das auch vom *Schweizer Monat* vorgestellte Beispiel des britischen Online-Magazins Un-Herd, für das so prominente Autoren wie Ayaan Hirsi Ali, David Mamet oder Bret Easton Ellis schreiben. Die Redaktion staunte über ausbleibende Werbeeinnahmen, bis sie entdeckte, dass sie auf dem «Desinformationsindex» gelandet war. Als Grund gab GDI lediglich an, Un-Herd verfolge ein «Anti-LGBTQ+-Narrativ».

Als Fazit all dessen liesse sich festhalten, dass sich die Verhältnisse längst umgekehrt haben: Nichtregierungsorganisationen sind nicht mehr der Stachel im Fleisch der Mächtigen – falls sie das überhaupt jemals waren –, sondern integraler Bestandteil einer hochwirksamen Strategie politischer Arbeitsteilung. Sie sind nicht mehr die Anwälte der Schwachen, sondern Verbündete einer tonangebenden globalen Elite, deren Machterhalt sie dienen. Aber Achtung: Wenn Sie das aussprechen, kommen Sie auf den Index.



LA CASA DEL HABANO

La excelencia del fumar.

Samuel Menzi

Bleicherweg 18, CH-8002 Zürich
Tel. 044 202 12 11
www.la-casa-del-habano.ch

Öffnungszeiten:
Di-Fr 10.00-18.00 / Sa 10.00-16.00 Uhr